

Sonderdruck aus:

Sonde 1957

Ein Jahr als symbolische Zäsur
für Wandlungsprozesse im
geteilten Deutschland

Herausgegeben von

Alexander Gallus und Werner Müller



Duncker & Humblot · Berlin

Dieser Beitrag ist in Band 98 der „Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung“ im Jahre 2010 erschienen. Der Band enthält folgende Beiträge:

I. Überblick

<i>Alexander Gallus</i>	Scharnierzeit zwischen Konsolidierung und Demokratisierung. Die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1957	13
<i>Hermann Weber</i>	Eine Zeit der Probleme und des Übergangs. Die DDR im Jahr 1957	29

II. Zwischen Sputnik-Start, „deutscher Frage“ und europäischer Einigung – der Blick nach außen

<i>Rainer Gries</i>	Vorwärts in die Neue Zeit. Die Metaphorik des Aufbruchs aus generationengeschichtlicher Perspektive	57
<i>Wilfried Loth</i>	Adenauer und die DDR am Vorabend der Berlin-Krise	75
<i>Hans-Georg Holz</i>	Hammer und Zirkel an der Themse	87
<i>Beate Neuss</i>	Die Bundesrepublik und Europa im Jahr der „Römischen Verträge“	103

III. Zwischen „Wahlwunder“, „dritten Wegen“ und Repression – der Blick nach innen

<i>Eckhard Jesse</i>	Das „Wahlwunder“ 1957	123
<i>Christoph Meyer</i>	Niederlage und Neubeginn. Herbert Wehner und die SPD 1957	139
<i>Wolfgang Schmidt</i>	„Der Sozialdemokrat von morgen“. Die Wahl Willy Brandts zum Regierenden Bürgermeister von Berlin und sein politischer Aufstieg	161
<i>Guntolf Herzberg</i>	Die stärkere Alternative – Fragen an das Jahr der Abrechnung	177

Niederlage und Neubeginn

Herbert Wehner und die SPD 1957

Von Christoph Meyer

I. Einleitung

Was bedeutet das Jahr 1957 in der Geschichte der bundesdeutschen Sozialdemokratie? Vordergründig markiert es keine Zäsur. Das Jahr brachte, nach 1949 und 1953, die dritte Wahlniederlage in Folge gegen Konrad Adenauer. Nach solchen Debakeln heißt es in der davon betroffenen Partei häufig: „So kann es nicht weitergehen.“ Doch der Ruf nach Reform bedeutet nicht unbedingt, dass es tatsächlich zu einer tiefgreifenden und nachhaltigen Erneuerung kommt. Bezogen auf die damalige SPD war dies jedoch der Fall, und das lag nicht zuletzt an Herbert Wehner (1906–1990), der infolge und nach der Bundestagswahl von 1957 zum führenden Reformers der SPD avancierte.

Insofern liegt es nahe, die sozialdemokratische Geschichte des Jahres 1957 in der Person Herbert Wehner zu spiegeln, auch wenn dieses Jahr nicht die bedeutendste Zäsur in seinem bewegten Leben brachte. Denn es gibt tiefere Einschnitte in dieser Biographie: 1923 etwa, das Jahr in dem er politisch zunächst in der Sozialdemokratie aktiv wurde und ihr noch im Herbst den Rücken kehrte. 1927, als er vom Anarchismus zum Parteikommunismus wechselte, oder auch 1931, als er seine sächsische Heimat verließ und in den Berliner Apparat der stalinistischen KPD ging. Natürlich das Jahr 1942, als Wehner in schwedischer Haft innerlich, 1946, als er mit dem Beitritt zur SPD auch nach außen sichtbar organisatorisch mit dem Kommunismus brach, und 1949 sein Einzug in den Bonner Bundestag als direkt gewählter SPD-Parlamentarier und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen. Zu nennen sind ferner 1958, das Jahr, in dem er auf dem Stuttgarter Parteitag zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurde, 1960, als er mit seiner außenpolitischen Rede am 30. Juni die Beziehungen zwischen den Parteien der Bundesrepublik auf eine gemeinsame Grundlage stellte, folgerichtig 1966 der Eintritt in die Große Koalition als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, am Anfang der sozialliberalen Ära 1969 das Amt des Fraktionsvorsitzenden und schließlich nach deren Ende 1983 sein Ausscheiden aus dem Bundestag und der krankheitsbedingte Rückzug aus der Politik.¹

¹ Vgl. Christoph Meyer: Herbert Wehner. Biographie, München 2006. Zur wissenschaftlichen Literatur zu Wehner siehe auch Wayne C. Thompson: The Political Odyssey

Nach 1957 fallen die Zäsuren in Herbert Wehners Leben zunehmend mit denjenigen in der Geschichte der SPD und der Bundesrepublik Deutschland zusammen. So ist 1957 eben doch ein Jahr der Weichenstellungen auch für seinen weiteren politischen Weg. Mit der Niederlage bei den Bundestagswahlen von 1957 wurde für die SPD nämlich klar, dass Personal, Struktur und inhaltliche Vorstellungen der Arbeiterpartei, welche – so Wehner – „noch vielfach den Überlieferungen aus der Zeit von 1933“ entsprachen, „auf neue Arbeitsgrundlagen“ gestellt werden mussten.² Den Durchbruch schafften die Reformer mit Wehner in der Spitze dann auf dem Stuttgarter Parteitag im Mai 1958.

Wenn die Entwicklung der Sozialdemokratie im Jahr 1957 hier im Zusammenhang der Biographie Wehners gespiegelt wird, ergeben sich für das entstehende Bild aus seiner Stellung im politischen Gefüge von Partei und Parlament sowohl Einschränkungen als auch Schwerpunkte. Entscheidend waren Wehners Positionen auf dem Gebiet der Außen-, Europa- und Deutschlandpolitik, denn dort war der „gesamtdeutsche“ Ausschussvorsitzende und Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises Außenpolitik führend. Mit diesen Themen befasste Wehner sich intensiv, zu ihnen schrieb er zahlreiche Aufsätze, Redeentwürfe, Zeitungsartikel – und zu diesen Themen hielt er seine Bundestagsreden. Die Gesellschaftspolitik, Wirtschaft und Soziales waren nicht Wehners Spezialthemen. Er setzte sich gleichwohl mit ihnen auseinander – beispielsweise als Wahlkampfredner. Aber es war nicht Herbert Wehner, der die Positionen der SPD auf diesem Gebiet entwickelte. Dazu und zu eingehenderen Überlegungen zum Aufbau und zur Programmatik seiner Partei kam er intensiv erst nach der Wahlniederlage des September 1957.

sey of Herbert Wehner, Boulder 1993; August H. Leugers-Scherzberg: Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, Berlin 2002; zur SPD jener Zeit nach wie vor das Standardwerk von Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1982, Bonn 1996. Eine knappe aktuelle Darstellung bietet Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007. Von den Biografien sozialdemokratischer Politiker sind die umfassenden Arbeiten von Hartmut Soell instruktiv: Fritz Erler – Eine politische Biographie, 2 Bde., Berlin 1976; ders.: Helmut Schmidt. 1918–1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003; weiterhin lesenswert aber mit Schwächen behaftet sind Peter Merseburger: Willy Brandt. 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002 sowie Petra Weber: Carlo Schmid 1876–1979. Eine Biographie, München 1996. Eine zufriedenstellende Ollenhauer-Biografie fehlt.

² Herbert-Wehner-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (fortan: HWA), Mappe „Ältestenrat Abg. Jahn“. SPD-Bundestagsfraktion/Pressestelle: Pressemitteilung vom 27.11.1957.

II. Ausgangsposition: Außenpolitische Auseinandersetzung mit Adenauer

Für den Bonner Politiker Herbert Wehner gilt: Am Anfang stand die Auseinandersetzung mit Adenauer. Denn zu seiner Zeit bestimmte in der Bundesrepublik der Kanzler die Richtlinien der Politik. Und dieser legte sein Schwergewicht auf die Außenpolitik, die für ihn in erster Linie Westpolitik war. Dagegen opponierten die SPD und Wehner, denn für sie galten zwar nicht andere Grundorientierungen, aber andere Prioritäten. Dabei blieben sie stets konstruktiv.

Es war Kurt Schumacher, der gleich zu Beginn des Parlamentarismus in der Bundesrepublik das sozialdemokratische Grundverständnis von Oppositionspolitik festgelegt hatte: „Das Wesen der Opposition ist der permanente Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen.“³ Herbert Wehner, von Anfang an Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand und auf dem Gebiet der Außen- und Deutschlandpolitik nach Schumacher der wichtigste Gegenspieler Adenauers, bemühte sich konsequent, diesen Satz umzusetzen.

Vereinfacht lässt sich der Gegensatz zwischen Adenauer und Wehner folgendermaßen zuspitzen: Beide wollten Wiedervereinigung und Westbindung. Der rheinländische Kanzler stellte die Wiedervereinigung unter den Vorbehalt der Westbindung. Der Oppositionspolitiker aus Sachsen stellte die Westbindung unter den Vorbehalt der Wiedervereinigung.

Im Januar 1957 betonte Herbert Wehner diese Position in einer scharf geführten Bundestagsdebatte. Er sagte, die Sozialdemokratie habe sich „nie für Schutzlosigkeit oder gegen Sicherheit ausgesprochen“. Allerdings sei die SPD stets für „den Vorrang von Wiedervereinigungsverhandlungen vor militärischen Bindungen“.⁴ Der konservativen Regierung warf er vor, sie lasse ernst gemeinte Initiativen vermissen. Wehner war stets fieberhaft auf der Suche nach neuen Ansätzen, um mit den Westalliierten und der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen, sei es über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, über die Einschaltung der Vereinten Nationen, über wirtschaftliche Zusammenarbeit oder humanitäre Erleichterungen. Hoffnung auf Wiedervereinigung, meinte er, gebe es nur, wenn an die Stelle der Blöcke ein Sicherheitssystem trete und die innere Entwicklung beider Teile Deutschlands zum Abbau des Kalten Krieges und zu einer Annäherung führe.⁵

³ Deutscher Bundestag (BT), Stenographische Berichte (Sten. Ber.), 1. Wahlperiode (WP), 6. Sitzung, 21.9.1949, S. 32.

⁴ BT, Sten. Ber., 2. WP, 188. Sitzung, Bonn, 31.1.1957, S. 10702.

⁵ Vgl. Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung, Dresden (HGWS), EA 11-041. Hs. Notizen zur Falken-Tagung am 27.1.1957 in Frankfurt am Main.

Wehner nutzte jede Gelegenheit, um die Bundesregierung öffentlich zur Aktivität aufzufordern. Als der Sender Freies Berlin ihn im Februar 1957 bat, Stellung zum Antritt Andrej Gromykos als neuer Außenminister der Sowjetunion zu nehmen, verband er seinen Kommentar im Rundfunk mit der Aufforderung, sich um normale Beziehungen zu bemühen. Er fragte: „Wer in aller Welt soll denn eigentlich herausfinden, ob und inwieweit die Sowjetregierung bereit ist, in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit sich reden zu lassen, wenn wir Deutschen, das heißt wenn die Bundesregierung sich nicht der Mühe unterziehen will, solche Sondierungen vorzunehmen?“⁶

Der Regierung Adenauer warf Wehner immer wieder vor, sie habe mit ihrer verfehlten „Politik der Stärke“ darauf gesetzt, dass die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO die Sowjetunion zum Nachgeben zwingen werde. Das Gegenteil sei der Fall. Die NATO-Zugehörigkeit führe zur „Fortdauer der Einschmelzung“ der DDR in den Warschauer Pakt. Die Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik beruhe auf zwei Dogmen, nämlich dass es vor der Wiedervereinigung keine Abrüstung oder Entspannung geben dürfe und dass die „Nichtzurkenntnisnahme“ der DDR eine „Hauptaufgabe“ sei, „sogar um den Preis der Vernachlässigung innerdeutscher menschlicher Beziehungen“. Diese Politik vertiefe die deutsche Spaltung und verschärfe die mit dem atomaren Wettrennen verbundenen Gefahren.⁷

Im Herbst 1956 waren die osteuropäischen Verhältnisse in Bewegung geraten. In Polen erzwangen streikende Arbeiter einen Wechsel in der kommunistischen Führung, und in Ungarn jagte ein Volksaufstand die Regierung aus dem Amt. Wehner war im Oktober überzeugt, Polen und Ungarn seien nun keine Satelliten mehr.⁸ Die Ereignisse in Ungarn zeigten, wie lähmend sich der Stalinismus ausgewirkt habe und wie viel Explosionskraft sich dabei aufgestaut hatte.⁹ Als der ungarische Aufstand im November durch die Rote Armee blutig unterdrückt wurde und gleichzeitig England und Frankreich einen Kolonialkrieg mit Ägypten um den Suezkanal riskierten, reagierte Wehner betroffen. Auf einer SPD-Delegiertenversammlung in Hamburg sagte er, der Gedanke des Sozialismus sei im Osten mit Blut befleckt und die moralische Sauberkeit im Westen durch Gewalt beschmutzt worden. Jetzt gehe es darum, klarzustellen, dass keine Regierung ein Faustrecht ausüben dürfe. Machtblöcke und „jede Politik durch Machtblöcke“ seien als überholt anzusehen. Wehner folgerte: „Unsere Aufgabe ist, Platz zu schaffen für ein neues Partnerschaftsverhältnis. Dabei dürfen wir uns nicht den

⁶ HGWS-EA 08-067. Pressestelle SPD-Bundestagsfraktion vom 16.2.1957: Wehner im Sender Freies Berlin.

⁷ HGWS-EA 12-028. Hs. Redenotizen für Wahlversammlungen zur Bundestagswahl 1957 (undatiert).

⁸ Vgl. HGWS-EA 05. ppp-Meldung vom 29.10.1956: Moskau muss die Konsequenzen ziehen.

⁹ Vgl. Herbert Wehner: Der Vulkanausbruch in Ungarn, in: Vorwärts vom 2.11.1956.

Blick durch den Vorhang von Blut vernebeln lassen.“ Deutschlands Aufgabe in der Mitte Europas sei es, Brücken zu schlagen anstatt sich als Kreuzzügler aufzuspielen.¹⁰

Herbert Wehner gehörte zu den entschiedenen Kritikern der sowjetischen Intervention in Ungarn. Er begrüßte den Beschluss der UN-Vollversammlung von Dezember 1956, wonach die Sowjetregierung „durch ihre Handlungen Ungarn seiner Freiheit und Unabhängigkeit beraubt und das ungarische Volk an der Ausübung seiner Grundrechte hindert“. Er unterstützte die Forderung nach einem Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Land und forderte, die Vereinten Nationen gegenüber der Sowjetunion zu stärken.¹¹ Dass Wehner aber den Einmarsch der Sowjets nicht zum Anlass nahm, die Bemühungen um eine Entspannung des Ost-West-Konflikts abzubrechen, brachte ihm die scharfe Kritik des Adenauer-Lagers in der deutschen Publizistik ein. Der „Rheinische Merkur“ schrieb im Februar 1957: „Auch zehntausend Wehner werden uns nicht einreden können, dass der Krenl für sein Massaker in Ungarn mit der Auflösung der NATO belohnt werden müsse.“¹²

Der Autor dieser Zeilen, Paul Wilhelm Wenger, pflegte seit Jahren vor dem „Saulus“ bzw. „roten Odysseus“ Herbert Wehner zu warnen. Er spitzte die Auseinandersetzung des Jahres 1957 auf die einfache Alternative zu: Entweder ein „wohlbestelltes Haus für jede Familie im Schutze eines Staates, der seinen Beitrag zum Frieden im Verband der freien Welt zu leisten gewillt ist, oder Einstampfung im roten Block des Bolschewismus“¹³. Im Bundestagswahljahr ließ die Adenauer-Propaganda kaum differenzierte und differenzierende, einer Lösung des Ost-West-Konflikts verpflichtete Vorschläge zu.

III. Wehners Politik der kleinen Schritte

Dies galt auch für das deutsch-deutsche Verhältnis. Die Entstalinisierung in der Sowjetunion im Gefolge des XX. Parteitags im Februar 1956 hatte Wehner aufmerksam zur Kenntnis genommen. Da die Besetzung der Führungspositionen unverändert blieb, war er jedoch nicht enthusiastisch. Negativ fiel sein Urteil über die SED-Führung in Ost-Berlin aus. Walter Ulbricht war vom Moskauer Parteitag wie selbstverständlich als Kritiker Stalins zurückgekehrt, sah jedoch keinerlei Anlass zur Selbstkritik. Wehner stellte fest, die Abkehr der DDR vom Stalin-Mythos sei lediglich sprachlicher Natur. Ansonsten wolle die SED-Füh-

¹⁰ Das Faustrecht darf nicht siegen, in: Hamburger Echo vom 12.11.1956.

¹¹ Herbert Wehner: Die Sicherung des Friedens, in: Der Sozialdemokrat, Januar 1957, S. 3 f.

¹² Paul-Wilhelm Wenger: Der brave Ollenhauer, in: Rheinischer Merkur vom 15.2.1957.

¹³ Ders.: Wider den Defätismus, in: Rheinischer Merkur vom 17.5.1957.

rung an ihrer bisherigen Politik festhalten. Das Regime, so lautete Wehners Überzeugung, lebe im inneren Widerspruch; es sei ein „Naturschutzpark aus sowjetischen Gnaden“. Dennoch müsse man sich „mit dem Kommunismus aktiv auseinandersetzen“, und zwar im sozialen, im menschlichen und im politischen Bereich¹⁴.

Wehner hatte im Frühjahr 1956 zwei blockfreie Länder bereist, ein westliches und ein östliches, Schweden und Jugoslawien. Zwischen beiden Ländern sah er Berührungspunkte, und er schrieb ihnen einen Modellcharakter für eine wünschenswerte Entwicklung in Deutschland zu. Dabei dachte er sich das schwedische Modell als Vorbild für die Bundesrepublik, das jugoslawische als Beispiel für die DDR. Am Ende sollten beide Teile Deutschlands eine gemeinsame neue Ebene finden. Dabei brauche die Bundesrepublik die Konfrontation mit dem Kommunismus nicht zu scheuen, denn sie sei allein schon durch ihre wirtschaftliche Stärke und ihre Menschenzahl deutlich im Vorteil.

Die SPD-Wochenzeitung „Vorwärts“ machte 1956/57 nahezu wöchentlich mit einem Beitrag von Herbert Wehner auf der Titelseite auf. So schrieb er im August 1956, Verbesserungen in der Lebenshaltung für die DDR-Bevölkerung seien wünschenswert. Aber das SED-Regime sei in Dogmen erstarrt. Es versage den Menschen die staatsbürgerliche und persönliche Freiheit. Die Staatspartei sei Statthalterin einer auswärtigen Macht und daher „kein Partner in der deutschen Politik“.¹⁵ Ulbricht, so charakterisierte ihn Wehner im Juli 1957 in der „Zeit“, sei der für den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands „maßgebende Ausleger und Durchführer der jeweiligen Moskauer Linie“, dabei „bienenfleißig und äußerst systematisch, seine körperlichen Kräfte nie schonend, die Funktionäre ständig in Angst haltend vor der Allgegenwart seiner Berichterstatter und vor der Härte seiner sägenden Kritik“. Wehner warnte allerdings davor, ihn zu überschätzen: „Walter Ulbricht und sein System wären kein Problem für Deutschland, wenn wir den Mut hätten, ihn in einem geeinten Deutschland demokratisch zu ‚verdauen‘“.¹⁶

Wehner setzte sich jedoch für Kontakte zur DDR unterhalb der Ebene eines offiziellen politischen Dialogs ein. Sein wichtigstes deutsch-deutsches Projekt um die Jahreswende 1956/57 war das Bemühen um eine beiderseitige Amnestie von politischen Gefangenen. Das Bundesverfassungsgericht hatte 1956 auf Antrag der Bundesregierung die KPD verboten. Eine Folge dieser und anderer repressiver Maßnahmen von Staat und Justiz gegen linksextreme Organisationen und Personen war, dass eine größere Anzahl als „Rädelsführer und Hintermänner“ verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurde. Im Herbst 1956 ging die Zahl der Verfahren wegen Hochverrats und politischer Organisationsvergehen in

¹⁴ Vgl. Meyer: Herbert Wehner (Anm. 1), S. 190 f.

¹⁵ Herbert Wehner: Die neue Perspektive der SED, in: Vorwärts vom 10.8.1956.

¹⁶ Ders.: Der Techniker verliehener Macht, in: Die Zeit vom 18.7.1957.

die Tausende. Wehner schlug vor, ein Straffreiheitsgesetz zu verabschieden, um damit „einen Beitrag zur Entspannung in dem Sinne zu leisten, dass die Freilassung politischer Gefangener“ in der DDR „dadurch erleichtert werden soll. Das ist der einzige Zweck.“ Der Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche Fragen unter seinem Vorsitz empfahl einstimmig einen solchen Gesetzentwurf. Der bei der Sitzung anwesende zuständige Bundesminister Jakob Kaiser (CDU) bat die Abgeordneten nur darum, sich mit öffentlichen Äußerungen zurückzuhalten und den Erfolg seiner Bemühungen im Kabinett „mit Zuversicht abzuwarten“.¹⁷

Der gesamtdeutsche Ausschuss ging im Dezember 1956 von mehr als 13.000 politischen Gefangenen in der DDR aus¹⁸. Darunter waren auch Aufständische des 17. Juni 1953. Minister und Ausschussvorsitzender wollten das Straffreiheitsgesetz gemeinsam auf den Weg bringen und sich nicht auf Kosten der Häftlinge profilieren. Politische Entspannung gegen menschliche Erleichterungen, das war schon in den fünfziger Jahren Wehners deutschlandpolitisches Rezept. Es handelte sich um eine Politik der kleinen Schritte *avant la lettre* – aber nur knapp.¹⁹

Kaisers Zuversicht, dass die Bundesregierung dem Gesetzentwurf zustimmen werde, sollte sich als unberechtigt erweisen. Im Kabinett sprachen vor allem Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU) und Konrad Adenauer dagegen. Der Innenminister befürchtete eine Entmutigung der Polizei bei der „Bekämpfung kommunistischer Umtriebe“. Adenauer meinte, eine solche Straffreiheit könne im Ausland „als Verrat an der Freiheit angesehen werden“.²⁰

Am 4. April 1957 kam es im Bundestag zum Eklat. Innenminister Schröder betonte in der Debatte, ein Amnestiegesetz wäre ein falsches Signal. Ganz in der Sprache des Kalten Krieges behauptete er: „Ein falsches Verhalten an den obersten Führungsstellen hat leicht eine verheerende Wirkung auf die Pflichttreue des kleinen Mannes ‚an der Front‘.“ Schröder unterstellte, die in der Bundesrepublik entstandenen Bemühungen, Initiativen und Amnestieausschüsse seien durch die SED gesteuert.²¹ Hierauf nahm Wehner Bezug, als er in seinem Beitrag zur sel-

¹⁷ Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, Berlin (PA), Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen (AfguBF), 2. WP, Protokoll der 65. Sitzung am 11.10.1956.

¹⁸ Vgl. HGWS-EA 05. PPP Nr. 246 vom 20.12.1956, Nr. 1: „Über 13.000 politische Häftlinge in Pankows Zuchthäusern“.

¹⁹ Die Begriffe „Neue Ostpolitik“ und „Politik der kleinen Schritte“ wurden 1958 von Wilhelm Wolfgang Schütz im Kuratorium Unteilbares Deutschland geprägt; an den hierfür entscheidenden Diskussionen im Februar des Jahres war Herbert Wehner beteiligt – vgl. Christoph Meyer: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972), Landsberg am Lech 1997, S. 104 f.

²⁰ 158. Kabinettsitzung am 24. Oktober 1956 TOP 4 („Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ online).

²¹ BT, Sten. Ber., 2. WP, 201. Sitzung, 4.4.1957, S. 11432 f.

ben Debatte sagte: „Man könnte beinahe an die Konstruktionen des Anklägers Wyschinski denken, vom Format abgesehen, wenn man das hier sieht.“²²

Es folgten „Pfui“-Rufe und heftige Angriffe gegen Wehner seitens der Union. Die CDU-Abgeordneten verließen protestierend den Saal.²³ Als Schröder später zur Gegenrede ansetzte und empfahl, dass Wehner nicht „in einer so geradezu gespenstischen Weise die Schatten seiner Vergangenheit beschwören sollte“, antwortete die CDU/CSU-Fraktion mit stürmischem Beifall. Dagegen gab es aus der SPD Zurufe wie „Sie haben heute noch die geistigen SA-Stiefel an!“²⁴ Die Presse berichtete, der Bundestag habe „minutenlang einem tobenden Hexenkeßel“ geglichen. „Rasender Beifall von der CDU begegnete tobenden Pfuirufen der SPD. Abgeordnete der hinteren Bänke marschierten mit drohenden Fäusten aufeinander zu. Ergraute Abgeordnete brüllten einander an.“²⁵

Die „Frankfurter Rundschau“ bezeichnete die Versuche der CDU, Stimmung gegen Wehner und die SPD zu machen, als „eine der übelsten Episoden der Geschichte unseres jungen Staates“.²⁶ Der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion beschloss, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen einen Misstrauensantrag gegen den Vorsitzenden Wehner zu stellen.²⁷ Dieser jedoch berief, entgegen der ursprünglichen Planung des Ausschusses, vor den Wahlen keine Sitzung mehr ein.²⁸

Erich Ollenhauer gab am Tag nach dem Zwischenfall mit Schröder eine Ehrenerklärung ab: „Wehner besitzt auch mein volles Vertrauen“.²⁹ Damit bezog er sich auf die aktuellen Vorkommnisse, meinte aber in erster Linie den Versuch von Kreisen in der CDU/CSU, den Ruf Wehners und der SPD durch eine Kampagne zu seiner kommunistischen Vergangenheit zu schädigen. Die heftigen Tumulte im Bundestag sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen.

IV. Wehner als Staatsfeind? – Die Dagens-Nyheter-Kampagne

Die CDU hatte schon zur Wahl von 1953 und dann wieder Anfang 1955 versucht, Wehner wegen seiner kommunistischen Vergangenheit an den Pranger zu

²² Ebd., S. 11457.

²³ Vgl. Krach um Wehner, in: Abendpost (Frankfurt am Main) vom 5.4.1957.

²⁴ BT, Sten. Ber., 2. WP, 201. Sitzung, 4.4.1957, S. 11461.

²⁵ Krach um Wehner (Anm. 23).

²⁶ Hans Henrich: Die Temperatur steigt, in: Frankfurter Rundschau vom 6.4.1957.

²⁷ Vgl. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957, bearb. von Helge Heidemeyer, Zweiter Halbband 1956–1957, Düsseldorf 2003 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 4. Reihe, Bd. 11/II), S. 1463.

²⁸ Vgl. PA, AfguBF, 2. WP, Kurzprotokoll der 75. Sitzung am 3.4.1957 – dies ist das letzte Protokoll in dieser Wahlperiode.

²⁹ Nur haltlose Verdächtigungen, in: Westfälische Rundschau vom 5.4.1957.

stellen.³⁰ Dazu bot sich im Frühjahr 1957 eine neue Gelegenheit. Der Anlass fand sich in Schweden. Anfang März protestierte die sowjetische Regierung beim schwedischen Botschafter, es seien mehr als zwei Dutzend schwedische Agenten auf sowjetischem Boden aktiv.³¹ Um von diesen Vorwürfen abzulenken, griff die schwedische Presse auf eine alte, aus Entstellungen und Halbwahrheiten zusammengebastelte Geschichte zurück: Am 9. März 1957 titelte die liberale Zeitung „Dagens Nyheter“: „Seekommandohaus war russisches Agentennest“. Dort, in der Stockholmer Blekingegatan 63, habe während des Zweiten Weltkriegs der „Sowjetspion“ Herbert Wehner den schwedischen Nachrichtendienst der Komintern geleitet.³²

Ohne zu zögern startete der bundesdeutsche Regierungsapparat seine Kampagne gegen Wehner. Noch am gleichen Tag leitete die deutsche Botschaft eine Übersetzung des schwedischen Artikels weiter an das Auswärtige Amt in Bonn. Das Papier erhielt den Vermerk „Dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen.“³³ Wenige Tage später versorgte das Bundespresseamt die Journalisten in Bonn mit Auszügen, und Will Rasner, der Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, las daraus in einer Pressekonferenz vor. Die CDU, so sagte er, wolle augenblicklich nicht Stellung nehmen³⁴. Am 13. März hieß es in einer Mitteilung des CDU-Pressedienstes: „Mit großer Bestürzung hat die deutsche Öffentlichkeit von einem Bericht der schwedischen Zeitung ‚Dagens Nyheter‘ Kenntnis nehmen müssen (...).“ Man sei überzeugt, die SPD werde alles tun, „um diesen Fall restlos aufzuklären“.³⁵

In einer detaillierten Darstellung widersprach Wehner den Vorwürfen: „Ich war nie ‚Sowjetspion‘ und ich habe niemals einen ‚schwedischen Nachrichtendienst der Komintern‘ oder irgendeinen anderen Nachrichtendienst der Komintern geleitet.“³⁶ Der Parteivorstand der SPD wies die Behauptungen am 13. März „entschieden“ zurück.³⁷ Rasner meinte scheinheilig dazu: „Niemand wäre befriedig-

³⁰ Vgl. zu 1955 HWA-1/HWAA000978. Vermerk „Et/26.1.1955“.

³¹ Vgl. HGWS-DU 01. Abschrift einer Pressemitteilung des schwedischen Außenministeriums vom 7.3.1957.

³² „Sjökomandohuset“ var rysk spionbas. Avslöjad under kriget, in: Dagens Nyheter vom 9.3.1957.

³³ Bundesarchiv Koblenz (BA), B 136 Bundeskanzleramt (BKA), Nr. 4534. Fernschreiben von „Siegfried“ aus Stockholm an das Auswärtige Amt vom 9.3.1957.

³⁴ Vgl. War prominentes SPD-Mitglied im Kriege Sowjet-Spion?, in: Abendpost (Frankfurt am Main) vom 13.3.1957.

³⁵ HGWS-DU 07. Deutschland-Union-Dienst Bonn vom 13.3.1957.

³⁶ Herbert Wehner: Erklärung zu einer Veröffentlichung der Zeitung „Dagens Nyheter“, Bonn, am 11. März 1957, in: ders.: Zeugnis. Persönliche Notizen 1929–1942, hrsg. von Gerhard Jahn, Lizenzausgabe für die DDR Halle-Leipzig 1990, S. 285–298, S. 286; Original in HGWS-DU 16.

³⁷ HGWS-DU 14. SPD-Pressedienst vom 13.3.1957: Erklärung des Parteivorstandes der SPD zu den Verdächtigungen gegen Herbert Wehner, MdB.

ter als die CDU/CSU-Fraktion, wenn sich die Meldung von ‚Dagens Nyheter‘ als absolute Erfindung erweise.³⁸ Die schwedische Zeitung räumte am 15. März in einem Leitartikel ein, der Begriff „Sowjetspion“ könne zu Missverständnissen führen, denn: „Wehners Absicht war es ausschließlich, gegen das nazistische Deutschland zu kämpfen.“³⁹ Das halbe Dementi hinderte die einmal angestauchte CDU-nahe Presse jedoch nicht daran, sich weiter lang und breit mit dem „Fall“ zu beschäftigen.⁴⁰

Es gab in der Union auch besonnene Stimmen. So sprach sich der Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages für eine Ehrenerklärung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier zugunsten von Wehner aus.⁴¹ Die CDU/CSU-Fraktion jedoch verhinderte diese Erklärung. Die Geschäftsordnung gebe das nicht her. Die Klärung der Angelegenheit sei ausschließlich Sache Wehners und seiner Fraktion.⁴² Regierung und Regierungsfraktion hatten den Ruf Wehners und der SPD geschädigt. Für die Folgen sollten die Geschädigten selbst aufkommen.

Herbert Wehner hatte Mitte März 1957 zunächst beabsichtigt, die „Notizen“ aus dem schwedischen Exil von 1946, in denen er seine Erfahrungen mit dem Kommunismus geschildert hatte, als Buch zu veröffentlichen. Als er dabei jedoch auf Schwierigkeiten⁴³ stieß, schritt er statt dessen zur Selbsthilfe. Zu Hunderten vervielfältigten Wehners Frau Lotte und ihre Tochter Greta die 200 Seiten „Notizen“ zusammen mit einer Reihe von Erklärungen zu den aktuellen Vorwürfen. Es entstand die sogenannte „Graue Mappe“, die Mitte März an zahlreiche Politiker, Journalisten und Redaktionen ging. Dass er das Buchprojekt im Früh-

³⁸ Wehner weist schwedischen Angriff zurück, in: Der Tagesspiegel vom 14.3.1957.

³⁹ „Olovlig underrättelseverksamhet“, in: Dagens Nyheter vom 15.3.1957, Übers. d. Verf.

⁴⁰ Vgl. z.B. Die Aktenaussage zum „Fall Wehner“, in: Kölnische Rundschau vom 16.3.1957.

⁴¹ Vgl. Klaus Voigt: Auswüchse des Wahlkampfes, in: Freie Presse (Herford) vom 26.3.1957; vgl. auch BA-B 136 BKA, Nr. 4534. Kurzprotokoll der 33. Sitzung des Ausschusses für Geschäftsordnung am 18.3.1957.

⁴² Vgl. HGWS-DU 07. Deutschland-Union-Dienst Nr. 133 vom 21.3.1957.

⁴³ Vgl. Meyer: Herbert Wehner (Anm. 1), S. 201 sowie HGWS-SD 04. Wehner an David Binder vom 17.5.1975. Dort heißt es: „1957 hatte ich aus dringendem Anlaß bei nacheinander 5 Verlagen darum gebeten, die ‚Graue Mappe‘ herauszubringen. Alle wollten dies nur unter der Bedingung, dass der Text ‚aufbereitet‘, das heißt zu einer spannenden Geschichte umgearbeitet würde, was ich ablehnen musste, weil ich darauf Wert zu legen hatte, daß der Text so, wie ich ihn nach dem Kriege niedergeschrieben hatte, erscheine, abgesehen von Vor- und Nachworten, in denen die Zusammenhänge hätten erklärt werden können.“ – Die im Bestand der SPD-Bundestagsfraktion überlieferten Quellen (Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, SPD-Bundestagsfraktion, 2. WP, Nr. 9, z.B. Wehner an Willi Eichler vom 22.3.1957) lassen allerdings zumindest für das Projekt, das Buch bei der Europäischen Verlagsanstalt herauszubringen, vermuten, dass die Ursache für das Nichtzustandekommen der Buchveröffentlichung eher in den komplizierten Beziehungen der sozialdemokratischen Beteiligten untereinander zu suchen ist.

jahr 1957 nicht energisch weiter verfolgte, war ein Fehler. Denn so gab Wehner seinen Gegnern Raum, das Werk für ihre Angriffe auszuschlachten und ihrerseits in der Öffentlichkeit mit abwegigen Kommentaren zu versehen, welche für das breite Publikum nicht nachvollziehbar waren. Den Anfang machte im Wahlkampf 1957 eine Broschüre „Wehner und die deutsche Zukunft. Eine Warnung in letzter Stunde“. Darin wurde Wehner als ein Mensch bezeichnet, der „noch immer wesentlich in jenem Denkschema befangen ist, das sich Marxismus-Leninismus nennt“. Damit sei er eine Gefahr für die Politik der Bundesrepublik Deutschland.⁴⁴

Im Auftrag Adenauers ermittelte das Allensbacher Institut für Demoskopie im Mai 1957 den Bekanntheitsgrad und die Beurteilung Herbert Wehners in der Bevölkerung. Danach kannten ihn 64 Prozent der Männer und 31 Prozent der Frauen. Das Urteil über ihn fiel insgesamt leicht negativ aus. Dabei war es klar nach politischen Lagern geteilt: Bei den SPD-Anhängern positiv im Verhältnis 23 zu 3, bei den Unions-Anhängern negativ im Verhältnis 18 zu 2.⁴⁵ Herbert Wehner polarisierte, und das gedachte die Kanzlerpartei im Wahlkampf zu nutzen. Die Wähler sollten den Eindruck bekommen, die SPD sei in verschiedene Flügel gespalten. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Krone, behauptete auf dem CDU-Parteitag im Mai, Wehner betrachte die SPD als „Partei des Klassenkampfes“. Mit dieser marxistischen SPD solle sich die Union im Wahlkampf auseinandersetzen.⁴⁶

Die Umsetzung durch die CDU/CSU-Kandidaten an der Basis geriet stellenweise recht grobschlächtig. So unterstellte der CSU-Abgeordnete Hans August Lücker in Memmingen, Wehner wolle „einen sozialistischen Staat wie Gomulka, Kadar und Tito“.⁴⁷ Der baden-württembergische CDU-Politiker Josef Wolf behauptete, Wehner habe nach dem Zweiten Weltkrieg von der Sowjetunion „Tausende von Rubeln“ erhalten.⁴⁸

Im „Rheinischen Merkur“ hieß es, Wehner sei ein „Inauguralmarxist“; die Zeitung setzte eine Wiedervereinigung à la Wehner mit der „Tyrannei des Herrn Hitler“ in Beziehung und warnte davor, durch Wahl der SPD die christlichen Grundlagen des Staates zu gefährden. Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat

⁴⁴ Jan van de Vijssers: Wehner und die deutsche Zukunft. Eine Warnung in letzter Stunde, Broschüre, Mönchengladbach o.J. (1957); Exemplare in HGWS-DU 22 sowie HGWS-EA 07-126 und in BA-B 136 BKA-4534.

⁴⁵ Vgl. BA-B 136 BKA, Nr. 4534. Institut für Demoskopie Allensbach: Die Stimmung im Bundesgebiet/Herbert Wehner („Vertraulich!“, abgeschlossen am 9.5.1957).

⁴⁶ Adenauer eröffnet den CDU-Parteitag, in: Stuttgarter Zeitung vom 13.5.1957.

⁴⁷ HWA-1/HWAA001062. Wehner: Erklärung vom 25.4.1957 zu den in der Memminger Zeitung vom 20.4.1957 veröffentlichten Behauptungen; MdB Lücker eröffnete den Wahlkampf, in: Memminger Zeitung vom 20.4.1957.

⁴⁸ Vgl. HGWS-DU 22. SPD-PV/Heine an den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Ulm vom 30.8.1957.

Erich Ollenhauer sei jedoch möglicherweise gezwungen, in der Gesellschaft Wehners zu verbleiben und bleibe daher die „klare Trennungslinie gegenüber den marxistischen Genossen schuldig“. Adenauers Leitartikler Wenger fragte, seinen politischen Gegner dämonisierend: „Wo bleibt der Kreidekreis gegen Herbert Wehner?“⁴⁹

Die Dämonisierung wirkte auch auf seriöse Medien. Walter Henkels von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ porträtierte Herbert Wehner im Frühjahr 1957 nicht ohne Bewunderung für dessen politische Leidenschaft und intellektuelle Qualität als einen abgründig und unheimlich wirkenden Mann. Der „fanatische Zug um seine Mundwinkel“ mache die „Prägestkraft des Kommunismus“ deutlich. Wehner sei „offensichtlich der Linksaußen seiner Partei, bei dessen Auftritt im Parlament seinen Gegnern ein Schauer über den Rücken jagt“.⁵⁰

Die DDR-Presse fügte den konservativen Verzerrungen aus der Bundesrepublik eigene, kommunistische Verzerrungen hinzu. Die SED wiederholte im Frühjahr 1957 die schon seit den vierziger Jahren gegen ihren sozialdemokratischen Hauptfeind erhobenen Vorwürfe, Wehner habe in Schweden die KPD verraten und für den englischen Geheimdienst gearbeitet. Nach Kriegsschluss sei er, so hieß es, „im Gegensatz zu allen anderen Antifaschisten“ sofort von Stockholm nach Kopenhagen gereist, „um von dort in englischer Begleitung mit einer englischen Militärmaschine nach Hamburg zu fliegen“.⁵¹ Was den einen die sowjetische Auslandsspionage, das war für die anderen der britische „Intelligence Service“. Der Wahrheitsgehalt war in beiden Fällen gleich Null.

Die SPD erhielt Hinweise darauf, dass die konservativen Verleumder Wehners sich bemühten, in Ost-Berlin an verwertbares Material zu kommen⁵², ebenso aber auf Versuche von ostdeutschen Stellen, solche Materialien in der Bundesregierung an den Mann zu bringen.⁵³ Die Kommunisten, so hieß es in einer Pressekonferenz, die wenige Tage vor der Bundestagswahl in Hamburg zur Unterstützung Wehners abgehalten wurde, verstünden es ausgezeichnet, Blättern der politischen Rechten Material zuzuspielen, ohne dass diese den Missbrauch bemerkten.⁵⁴

⁴⁹ Paul Wilhelm Wenger: Ollenhauer und Wehner, in: Rheinischer Merkur vom 5.7.1957.

⁵⁰ Walter Henkels: Wehner, der Linksaußen, in: Düsseldorfer Nachrichten vom 13.4.1957.

⁵¹ Zur Klärung der politischen Vergangenheit Wehners, in: Vorwärts (Berlin-Ost) vom 18.3.1957.

⁵² Vgl. HGWS-DU 11. Vermerk „Eckert/5-3-1957“ an Gen. Ollenhauer, Gen. Heine, Gen. Wehner, Gen. Markscheffel, PPP.

⁵³ Vgl. HGWS-DU 11. Fritz Sänger an Wehner vom 11.4.1957.

⁵⁴ Vgl. HGWS-EA 07-127. Wehner (dpa-Meldung vom 13.9.1957).

Von den Empfängern, denen Wehner die „Notizen“ geschickt hatte, erhielt er zahlreiche zustimmende Briefe. Bundesminister Ernst Lemmer (CDU) schrieb ihm, er bedauere die Veröffentlichungen in der Presse; Kurt Wagner vom Roten Kreuz meinte, Wehner solle „sich's nicht verdrießen lassen“, Verkehrsminister Seeböhm sah in den „Notizen“ einen „Beitrag zur Zeitgeschichte“, und Carlo Schmid freute sich, dass der giftige Pfeil sich im Dreck verfangen habe.⁵⁵ Helmut Schmidt, an Bord eines Flugzeugs nach Rio de Janeiro, schickte eine Postkarte: „Du hast sicherlich viel mehr Freunde in dieser hässlichen Sache wie überhaupt, als Du manchmal zu denken scheinst.“⁵⁶ Erich Ollenhauer fragte auf einem Bezirksparteitag in Rheinland-Hessen-Nassau angesichts der Verleumdungen gegen Wehner: „Wo bleibt bei solchen Methoden das christliche Gewissen der CDU?“⁵⁷ Der „Vorwärts“ titelte am 22. März 1957: „Die SPD steht zu Herbert Wehner“.

Rückendeckung durch die eigene Partei und Fraktion, wie er sie im Frühjahr 1957 erhielt, taten Wehner gut. Aber die Angriffe trafen ihn. So dankte er seinem Freund Carlo Schmid für dessen Brief in der Angelegenheit: „Deine Worte sind für mich kostbar. Es tut schrecklich weh, immer wieder beteuern und beweisen zu müssen, dass man ein ehrlicher Mensch ist. Ich kann nicht leugnen, dass ich doch gehofft hatte, einiges aus meiner Arbeit und meinem Wirken würde für mich sprechen. Aber in solchem Sturm steht man dann ganz auf sich selbst angewiesen.“⁵⁸ Am 1. April sagte er auf dem Unterbezirksparteitag der SPD in Hamm, Rufinord gehöre heute zu den Alltäglichkeiten der Regierungspolitik, aber, so rief Wehner aus, er werde erst Ruhe geben, wenn er „Adenauers Politik für richtig halten könnte“.⁵⁹

Die Attacken von 1957 ließen nicht nur bei Wehner Narben zurück. Es blieb etwas hängen, bei Gegnern, Verbündeten und Freunden. Das Bild, das die deutsche Gesellschaft sich fortan von Herbert Wehner machte, war das Bild vom „Ex-Kommunisten“. Dieses wurde je nach – manchmal auch wechselndem – Standpunkt des Betrachters in der hellen Farbe des „Geläuterten“ gemalt oder düster als zwielichtiger „Renegat“. Der Verdacht, die Behauptung, die Nachrede, er sei immer Kommunist geblieben, prägte das Wehner-Feindbild der politischen Rechten.

⁵⁵ Schreiben vom 26.3.1957, 8.4.1957, 22.3.1957, 2.4.1957 neben zahlreichen anderen in HGWS-DU 03.

⁵⁶ HGWS-DU 17. Karte von Helmut Schmidt an Wehner vom 8.4.1957.

⁵⁷ Ollenhauer in Koblenz: Wir warnen die CDU!, in: Freiheit vom 1.4.1957.

⁵⁸ HGWS-PB 39-003. Wehner an Carlo Schmid vom 16.3.1957.

⁵⁹ Schrecken der Vergangenheit dürfen sich nie wiederholen, in: Westfälische Rundschau vom 1.4.1957.

V. Wehner im Wahlkampf: Für die Sammlung der Bedrohten

Schon im Februar 1957 hatte Herbert Wehner bemerkt, dass der deutsche Wahlkampf im Ausland als eine Art Kampf zwischen amerikanischen und russischen Parteien dargestellt wurde.⁶⁰ Auf solche einfache Polarisierungen setzte der Wahlkämpfer Konrad Adenauer. Die Kampagne gegen Wehner sollte zur Untermauerung dieses Bildes dienen. Der Kanzlerkandidat und SPD-Vorsitzende Ollenhauer wirkte dagegen zu bieder, um ein brauchbares Feindbild abzugeben. Daher suchte die Union den dynamischeren und auf schlichte Gemüter gefährlicher wirkenden Wehner ins Rampenlicht zu rücken.

Dieser befürchtete im März, führende Kreise der SPD hätten die Situation „mit einem zu prononcierten Selbstgefühl“ beurteilt. Er machte einen Mangel an interessanten Ideen und eine „gewisse Schläffheit“ aus. Dagegen solle die SPD im Wahlkampfsjahr mehr Profil gewinnen, neue eigenwillige Gedanken entwickeln und ihre deutschland- und europapolitischen Standpunkte präziser und mit größerer Entschiedenheit verfechten.⁶¹

Im Wahlkampf setzte die Regierung unter der Parole des Antikommunismus auf die Verbindung von Wirtschaftswunder und Sicherheitsbedürfnis. Auch Wehner versuchte im Wahlkampf, Ängste der Bevölkerung und ihr Bedürfnis nach Sicherheit zu mobilisieren. Wo Adenauer aber die „Angst vor den Russen“ beschwor, warnte Wehner vor dem Atomkrieg. Nachdem achtzehn Göttinger Wissenschaftler im April 1957 in einer öffentlichen Erklärung vor einer von Adenauer geplanten atomaren Bewaffnung der Bundeswehr gewarnt hatten, griff er dieses Thema auf. Der Bundeskanzler verniedliche die Gefahr, wenn er in dem Zusammenhang von kleinen oder taktischen Waffen spreche, die eigentlich nichts anderes seien als eine normale Fortentwicklung der Artillerie. Je mehr Staaten in den Besitz von Atom- und Wasserstoffbomben gerieten, meinte Wehner, desto größer werde die Gefahr. Darum gehöre gerade diese Frage in die Auseinandersetzung um die Bundestagswahl.⁶²

In Ergänzung zu seinen außenpolitisch und gesamtdeutsch motivierten Warnungen vor der Atomrüstung befasste Wehner sich mit sozialpolitischen Fragen – allerdings stellte er auch diese unter das Primat der Deutschlandpolitik. Auf Herbert Wehner ging die DGB-„Erklärung zur Wiedervereinigung Deutschlands“ zurück, die im April 1957 fertig gestellt wurde. Sie enthielt unter anderem Forderungen nach einer Beteiligung der Beschäftigten am Zuwachs des Sozialprodukts, Überführung der Schlüsselindustrien in eine gemeinwirtschaftliche

⁶⁰ Vgl. HGWS-EA 05-130. ppp-Meldung vom 16.2.1957: Nicht über Beweggründe der sowjetischen Politik rätseln.

⁶¹ Mangel an interessanten Ideen, in: Neue Politik vom 23.3.1957.

⁶² Vgl. Herbert Wehner: Unsere Entscheidung über Leben und Tod, in: Der Sozialdemokrat, Mai 1957.

Ordnung und nach einer Anerkennung der Ergebnisse der Bodenreform in der DDR. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stellte seine Aktionen zum 1. Mai 1957 unter das zentrale Motto „Wiedervereinigung ohne Gewalt – doch bald!“.⁶³

Auf einer Wahlveranstaltung am 26. August in Bremervörde sagte Wehner, die Bundesrepublik könne nur durch die Friedenspolitik der Sozialdemokratie auf einen Weg der Sicherheit und sozialen Stabilisierung gebracht werden. Man könne nicht zugleich ein Atomwetterüsten veranstalten und daneben gesicherte Lebensverhältnisse schaffen. Er rief die Wähler auf, sie sollten bei der Wahl am 15. September die „bindende Anweisung geben, dem Atomwetterüsten, das den friedlichen Aufbau zerschlägt, ein Ende zu bereiten“.⁶⁴

Herbert Wehner führte den Bundestagswahlkampf mit vollem Einsatz. Die sechs Wochen bis zum Wahntag war er in Hamburg und der ganzen Bundesrepublik unterwegs.⁶⁵ Seiner Frau Lotte teilte er seine Eindrücke brieflich mit. Anfang September war er pessimistisch. Die CDU als „Staatspartei“ imponiere offenbar den Deutschen. „Welche Aussichten sich daraus für das Folgende ergeben, das kann man nur mit Bangen bedenken. Mein einziger Trost ist, dass ich überall klar und wahr gesagt habe: Man kann nicht zugleich am Atomrüsten teilnehmen und dabei stabile Lebensverhältnisse für die breiten Schichten garantieren. Das Eine oder das Andere.“⁶⁶

Um die Wahlkampforganisation in Hamburg kümmerte sich Wehner persönlich.⁶⁷ Hier fuhr er einen eindrucksvollen Sieg ein. Die Sozialdemokraten gewannen fast acht Prozent hinzu. Wehner selbst holte in seinem Harburger Wahlkreis 15.000 Stimmen mehr als 1953 und erzielte damit 54 Prozent.⁶⁸ Das war das beste SPD-Wahlkreisergebnis in der gesamten Bundesrepublik.

Bundesweit legte die SPD um drei Prozent zu und kam nun auf 31,8 Prozent. Das reichte jedoch bei weitem nicht. CDU und CSU unter Konrad Adenauer erreichten – das erste und einzige Mal bei einer Bundestagswahl – die absolute Mehrheit.

⁶³ DGB-Archiv im AdSD, Nr. 24.1-1856. Prot. über die 1. Sitzung der Kommission „Wiedervereinigung“ am 9.1.1957 in Düsseldorf; ebd. „Vorschläge des DGB zur Wiedervereinigung Deutschlands“, unterzeichnet von Wehner, 19.1.1957; Meyer: Doppelstrategie (Anm. 19), S. 97; AdSD, Nachlaß Arno Scholz, „Gewerkschaftsmappe II 1953 bis 30.6.58“. DGB-Broschüre „Wiedervereinigung ohne Gewalt – doch bald“ zum 1. Mai 1957.

⁶⁴ Herbert Wehner gegen Atomwetterüsten, in: Hamburger Echo vom 26.8.1957.

⁶⁵ Vgl. HGWS, Terminkalender 1957.

⁶⁶ HGWS-PB 12. Herbert an Lotte Wehner vom 3.9.1957.

⁶⁷ Vgl. z. B. AdSD, SPD-Landesorganisation Hamburg (LO HH), Nr. 126. Undatierte Notiz von Wehner (Kopie).

⁶⁸ Vgl. Harburg blieb Herbert Wehner treu, in: Hamburger Echo vom 16.9.1957; Hamburger SPD erobert 7 von 8 Wahlkreisen, in: Hamburger Echo vom 16.9.1957; Absolute Mehrheit für SPD, in: Hamburger Echo vom 17.9.1957.

Die SPD verlor nicht aufgrund der Kampagne gegen Herbert Wehner, auch wenn Adenauer den Angriff gegen seinen wichtigsten außenpolitischen Gegenspieler für die plakative Behauptung benutzte, ein Sieg der SPD bedeute den Untergang Deutschlands. Mit solchen Äußerungen wurde die SPD erfolgreich dazu getrieben, in der Schlussphase selbst einen aggressiven Wahlkampf zu führen. Aber aus der Defensive kam sie nicht heraus. SPD-Propagandachef Fritz Heine, ein von Grund auf pessimistischer Mann⁶⁹, war offenkundig überfordert. Der Wahlkampf der SPD schwankte eigentümlich zwischen zurückhaltendem Wettstreit und provokativer Zuspitzung.⁷⁰ Wahlkampfbroschüren wirkten vorne professionell und modern. Hinten zeigten sie Bildertafeln der führenden Parteifunktionäre, die an die sozialdemokratischen Ahnengalerien der Kaiserzeit erinnerten.⁷¹

Die Mehrheit wollte – mit dem CDU-Slogan – „keine Experimente“. Und das war angesichts von Wirtschaftswunder und Vollbeschäftigung auf den ersten Blick verständlich.⁷² Es gelang der SPD nicht, den Wahlkampf auf eine klare Alternative zuzuspitzen, weder personell noch politisch-programmatisch. Im Juni 1957 hatte Herbert Wehner mit einer zweistündigen Rede in einem Freiburger Saal das überwiegend sozialdemokratische Publikum nebst dem Berichterstatter der Parteipresse zu begeistern gewusst. Das flotte Konzert der Eisenbahnermusikkapelle hatte ebenso Anklang gefunden wie die Kunstradfahrerinnen vom Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund „Solidarität“.⁷³ Aber was halfen solche Triumphe im eigenen Lager, wenn Frauen, Rentner, Landbevölkerung und katholische Arbeiterschaft davon nichts mitbekamen und ebenso wie die eher unpolitischen Teile der Bevölkerung in Massen die CDU wählten?

VI. Nach der Niederlage: Neubeginn

Nach der verlorenen Wahl stieg Herbert Wehner tief in die Debatte ein. Er reiste weiter durch das Land, um mit der Parteibasis über Ursachen und Konsequenzen der Niederlage zu diskutieren. Er besuchte zahlreiche Funktionärsversammlungen und Parteitage.⁷⁴ Dabei vertrat er, anders als noch 1953, eine eigenständige Position und gab auf eigene Faust seine „Beiträge zur Parteidiskussion“

⁶⁹ Vgl. Kaj Björk: *Spel bland ruiner. Västtyskland efter kriget*, Stockholm 1964, S. 129.

⁷⁰ Vgl. Klotzbach: *Staatspartei* (Anm. 1), S. 393 ff.

⁷¹ Vgl. HWA-1/HWAA001016. *Illus – Sonderausgabe D.*

⁷² Vgl. Klotzbach: *Staatspartei* (Anm. 1), S. 398.

⁷³ Gegen die Erstickung der inneren Freiheit, in: *Süd-West-Rundschau* vom 22.6.1957.

⁷⁴ Vgl. die Vortragsnotizen in: HWA-1/HWAA001078, zum Beispiel: „Viele Mitgl. unserer Partei ...“, undatiert (November 1957).

heraus, als gedrucktes Manuskript unter dem Titel „Sozialdemokratische Politik im geteilten Deutschland“. ⁷⁵

Wehner wollte seine Beiträge als Anregungen verstanden wissen, die „der Verbesserung der Arbeits-, Kampf- und Werbemethoden“ der SPD dienen sollten. Die CDU habe es geschafft, die konservativen und restaurativen Kräfte zu sammeln und „sehr breite Bevölkerungskreise“ aufgescheucht. Die SPD dagegen habe „nicht die Sammlung der Bedrohten in breitester Form erreicht“. Um dies künftig zu gewährleisten, müsse die Organisation der Partei von der Spitze bis zur Basis umgestaltet werden. Dabei lehnte er Vorschläge ab, auf die „breite Organisation“ zu verzichten und die Mitgliederpartei durch eine schmale professionelle Funktionärsspitze zu ersetzen. Das könne die CDU sich leisten, denn sie wirke durch ihre Stellung im Staatsapparat, durch eine Vielfalt klerikaler Institutionen und durch Kanäle, die einer „Obrigkeit“ zur Verfügung stünden. Die SPD aber sei darauf angewiesen, ihre eigenen Kraftzentren auszubauen. Wehner folgerte: „Die aus der Arbeiterklasse Deutschlands hervorgegangene Sozialdemokratische Partei soll eine in den breiten schaffenden Schichten des Volkes wurzelnde, von ihnen getragene und zum Wohle des ganzen Volkes wirkende Sozialdemokratische Partei sein.“

Die Diskussion darüber, ob die SPD eine „Arbeiterpartei“ oder eine „Volkspartei“ sein solle, fand Wehner nicht sinnvoll. Vor allem gehe es darum, die „SPD in Einklang mit der gesellschaftspolitischen Entwicklung zu bringen“. Die Partei habe gerade im Bereich der arbeitenden Schichten der Bevölkerung vieles versäumt, während Unternehmerinstitute, Wirtschaftsminister und „christlich-soziale“ Gewerkschafter ihrerseits heftig daran arbeiteten, Arbeiter und Gewerkschaften im Sinne der Regierung zu beeinflussen. Die SPD müsse darum kämpfen, die arbeitende Bevölkerung „für ihre Forderungen zu sammeln“. ⁷⁶

Auch bei der Frage nach den inhaltlichen Auseinandersetzungen innerhalb der SPD warnte Wehner vor falschen Frontstellungen. Betrachtungen über „rechte und linke Flügel“, über angebliche Gegensätze zwischen so verschiedenen Menschen „wie Carlo Schmid und Herbert Wehner“, führten nicht weiter. In der „Spannweite der Partei“ solle man nicht die Schwierigkeiten, sondern lieber die daraus sich ergebenden Anregungen sehen. Entscheidend seien nicht Programmdebatten, sondern die Praxis: „Die SPD muss sich in die Probleme der breiten schaffenden Volksschichten hineinknien und alles daransetzen, sie in ihren eigenen Griff zu bekommen.“

⁷⁵ Druck: Auerdruck GmbH, Hamburg o.J. (1958). – Die folgenden Zitate sind dieser Druckschrift entnommen.

⁷⁶ Vgl. auch HWA-1/HWAA000866. Protokoll des Kursus „Mensch und Betrieb“ vom 25.–29. November 1957 an der Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt.

Nahezu die Hälfte der großformatigen und eng bedruckten sechzehnseitigen Broschüre machten Beiträge zur Deutschland- und Außenpolitik aus. Im Einzelnen blieb Wehner seiner bisherigen Linie treu, aber er stellte sie unter die Überschrift „Außenpolitik darf nicht zum Instrument ideologischer Kämpfe werden“. In seinem Papier hatte er nicht die Antworten parat, die die SPD im Laufe der nächsten drei Jahre auf all die Fragen geben würde. Aber er stellte die wichtigen Fragen, öffnete die Diskussion in die Breite der Partei hinein und regte so den Reformprozess an.

Zu dieser Zeit, nach der Bundestagswahl, gab es kein Wort des Bedauerns über die unfaire Kampagne, mit der die Union Wehner attackiert hatte. Im Gegenteil trachteten die Scharfmacher in der CDU/CSU-Fraktion, allen voran Adenauer und Schröder, danach, die Drohung vom Frühjahr wahr zu machen und Herbert Wehner als Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen abzulösen. Heinrich Krone sprach darüber mit Erich Ollenhauer. Er teilte dem SPD-Vorsitzenden mit, ohne eine Entschuldigung bei Schröder werde die CDU/CSU-Fraktion sicher gegen Wehner stimmen.⁷⁷ Dieser schrieb Schröder nun, dass er die „Bemerkungen über die ‚Konstruktionen des Anklägers Wyschinski‘“ bedauere.⁷⁸ Nach den Gesprächen mit Ollenhauer war Krone klar, dass die Opposition nicht klein beigegeben würde: „Die SPD würde zur Obstruktion übergehen.“ So sprach sich Krone – und mit ihm unter anderem die Abgeordneten Kurt Georg Kiesinger und Hermann Höcherl – in der Fraktionssitzung am 28. November 1957 dafür aus, Wehner als Vorsitzenden des Ausschusses mit zu tragen. Nach heftiger Diskussion folgte die Unionsfraktion dem Vorschlag. Aber die Mehrheit war mit 117 zu 95 Stimmen knapp.⁷⁹

Erich Ollenhauer hatte sich solidarisch hinter Herbert Wehner gestellt. Einen Keil in die SPD zu treiben, war misslungen. Das Bild vom „linken Flügelmann“ Wehner, der in der SPD am Rande stehe, entsprach eben nicht der Wirklichkeit. Wehner war derjenige, der seit Schumachers Zeiten die Außen- und Deutschlandpolitik, die Positionen und Beschlüsse der gesamten Fraktion und Partei entscheidend bestimmte. Ihn seiner parlamentarischen Spitzenposition berauben zu lassen, wäre einer politischen Kapitulation gleichgekommen.

Ein personeller Neuanfang in der SPD jedoch war – das hatten der Verlauf des Wahlkampfes und sein niederschmetterndes Ergebnis gezeigt – unausweichlich. Die erste Gelegenheit dazu bot sich im Oktober 1957 mit den Neuwahlen zum Vorstand der Bundestagsfraktion. Hinter Erich Ollenhauer und gegen dessen Willen kam es zur Neubesetzung der Fraktionsspitze. Die Reformer drängten nach

⁷⁷ Vgl. Heinrich Krone: Tagebücher. Bd. 1: 1945–1961, bearb. von Hans-Otto Kleinmann, hrsg. von Günter Buchstab u. a., Düsseldorf 1995, S. 271.

⁷⁸ BA-B 136 BKA, Nr. 4534. Wehner an Gerhard Schröder vom 7.11.1957 („Persönlich“, Abschrift).

⁷⁹ Vgl. Krone: Tagebücher (Anm. 77), S. 274 f., Zitat S. 275.

vorn. Wehners Hamburger Weggefährte Hellmut Kalbitzer schlug in der Fraktion vor, Carlo Schmid, Fritz Erler und Herbert Wehner zu neuen stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Ollenhauer wollte dagegen, dass seine bisherigen Stellvertreter Wilhelm Mellies und Erwin Schoettle im Amt blieben. Schoettle verzichtete auf seine Kandidatur, und Mellies verlor am 30. Oktober 1957 die Wahl in der Fraktion. Wehner wurde gemeinsam mit Carlo Schmid und Fritz Erler stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Fortan trafen die drei sich regelmäßig zum Arbeitsfrühstück. Sie bildeten das sogenannte „Frühstückskartell“, welches gemeinsam die Linien der Fraktionsarbeit besprach. Diese erste „Troika“ der SPD war ein Führungstrio im Parlament, das in seiner Spannweite rhetorische Brillanz, Energie und Modernität ausstrahlte.⁸⁰ Carlo Schmid sprach später von einer „besonderen Kombination von Temperament, Erfahrung, Vision und Erkenntnis“.⁸¹ Herbert Wehners engagierter Beitrag zu den Debatten um die Parteireform legte den Gedanken nahe, ihn auch in die Parteispitze vorrücken zu lassen. Er selbst hätte sich 1958 in Stuttgart mit einem Sitz im neu geschaffenen Präsidium des Parteivorstands begnügt. Doch es kam anders. Der Parteitag im Mai wählte ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, Presse und Organisation. Damit lag die tatsächliche Führung der SPD in seiner Hand. Der lange Weg aus der Opposition heraus begann⁸².

VII. Schlussbetrachtung

Herbert Wehner stellte sein Handeln stets unter das Primat der Deutschlandpolitik. 1957 war für ihn ein hartes Jahr. Die Tauwetterperiode und die Entstalinisierung von 1956 waren mit der Niederschlagung des ungarischen Aufstands schnell an ihre Grenzen gestoßen. Wie schon 1953 nach dem 17. Juni führten auch diese Ereignisse zu einer Stabilisierung des Ulbricht-Regimes in der DDR. Die Möglichkeit, in direkte politische Verhandlungen mit gesprächsbereiten Teilen der DDR-Führung zu kommen, hatte Wehner bereits in den Vorjahren ausgelotet; sie hatten allerdings zu nichts geführt.

Wehners Versuch, wenigstens in Sachen menschliche Erleichterungen zu innerdeutschen Regelungen zu kommen, scheiterten 1957 ebenfalls. Zum Ausloten der Verständigungsbereitschaft des DDR-Regimes kam es allerdings gar nicht; denn mit ihrem hartnäckigen antikommunistischen Kurs setzten sich der CDU-Kanzler Adenauer und sein Innenminister Schröder gegenüber dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser durch. Und dieser, mittlerweile auf freundschaftlichem Fuße mit Herbert Wehner stehend, schied nach seinem schweren Schlaganfall im April 1957 gleich ganz aus der Politik aus. Für die

⁸⁰ Vgl. Klotzbach: Staatspartei (Anm. 1), S. 403 ff.; Soell: Erler (Anm. 1), S. 300 ff.

⁸¹ Carlo Schmid: Erinnerungen, Bern 1979, S. 661.

⁸² Vgl. Meyer: Herbert Wehner (Anm. 1), S. 209 ff.

Zukunft musste Wehner nach neuen kooperationsbereiten Partnern in der Union suchen.

Die Perspektiven zu einer überparteilichen Zusammenarbeit schienen für Herbert Wehner im Jahre 1957 sehr düster. Adenauer und seine Regierung suchten im Parlament und im Wahlkampf die direkte Konfrontation mit ihm. Die Dagens-Nyheter-Kampagne ist auf mehreren Ebenen von Bedeutung. Erstens war sie ein Ausfluss des innenpolitischen Kampfes auf der Linie der Adenauerschen Politik der Stärke im Kalten Krieg. Das Erinnern an die kommunistische Vergangenheit Wehners passte zum letztlich erfolgreichen Versuch, der SPD im Bundestagswahlkampf pro-russische Tendenzen anzudichten. Zum zweiten bedeutete die Affäre von 1957 eben doch einen Einschnitt in Wehners bundesrepublikanischer Biographie. Von da an haftete ihm das Etikett des Ex-Kommunisten an. Dieses konnte bequem als Feindbild zur Mobilisierung antikommunistischer Ängste genutzt werden. Die Entgleisungen von CDU/CSU-Zwischenrufern in den Bundestagsdebatten der siebziger Jahre waren damit vorprogrammiert. Die Dämonisierung Wehners wirkte bis über seinen Tod hinaus. Drittens schließlich stand am Ende der Kampagne, nach den Bundestagswahlen, das Scheitern von Adenauer und Schröder mit ihrem Versuch, Wehner seiner parlamentarischen Spitzenstellung als Ausschussvorsitzender zu berauben. Dieses Scheitern bedeutete gleichzeitig die erste schwere Niederlage Adenauers nach seinem historischen Wahlsieg – und das ausgerechnet „gegen Wehner“.

Zwei SPD-Politiker, schrieb die „New York Times“, hatten in ihren Wahlkreisen trotz der Niederlage auf Bundesebene herausragende Ergebnisse erzielt: Professor Carlo Schmid, der Wählerschichten bis weit ins liberale Bürgertum hinein ansprach, und Herbert Wehner, der vor allem die klassische Stammwählerschaft der SPD, die Arbeiterschaft in den Industriezentren mobilisieren konnte.⁸³ Diese beiden wurden im Herbst 1957 gemeinsam mit Fritz Eler zum neuen Führungszentrum der SPD-Bundestagsfraktion hinter Ollenhauer gekürt. Zusammen mit Willy Brandt, der 1957 das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin übernahm, aber in Bonn (noch) keine Rolle spielte, stand diese erste „Troika“ für die Zukunft der Sozialdemokratie.

Insofern markierte 1957 – zeitlich recht genau in deren Mitte liegend – schon den Anfang vom Ende der Ära Ollenhauer. Die entscheidenden Schritte zur Regierungsfähigkeit folgten Jahr auf Jahr: 1958 die Organisationsreform des Stuttgarter Parteitags und Wehners Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden, 1959 die Programmreform von Godesberg mit dem Bekenntnis zur Volkspartei, 1960 die außenpolitische Gemeinsamkeit mit Wehners großer Bundestagsrede, 1961 die Kanzlerkandidatur von Willy Brandt, 1962 die ersten Koalitionsverhandlungen

⁸³ Vgl. M. S. Handler: Socialists Victory in Hamburg Brings Call for Party Changes, in: New York Times vom 12.11.1957.

Wehners und Ollenhauers mit Adenauer und nach dem Tode Erich Ollenhauers Ende 1963 die Übernahme des Parteivorsitzes durch Brandt.

Im Mai 1957 hatte Herbert Wehner vor sozialdemokratischen Parteifunktionären in Hamburg gefordert, die SPD müsse „zur sammelnden Kraft der konstruktiven Kräfte in der Bundesrepublik“ werden, was nur gelinge, wenn die Partei „den breiten Schichten der Bevölkerung in ihren vielfachen Gliederungen wesentliches zu sagen“ habe. Damit formulierte er die Aufgabe der Parteireform. Daran anschließend beschrieb Wehner die Hauptziele sozialdemokratischer Regierungspolitik. Diese Ziele von 1957 hatten 1966 oder 1969 nichts an Aktualität eingebüßt: erstens das Auseinanderleben der Teile Deutschlands beenden und die Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit verwirklichen, zweitens einen Beitrag zur internationalen Entspannung und Sicherung des Friedens leisten und drittens die Demokratie und den inneren Frieden sichern, „die politische Demokratie fest in sozialer Gerechtigkeit“ verankern⁸⁴.

Dies spricht für inhaltliche Kontinuität über die Brüche sozialdemokratischer Nachkriegspolitik hinweg. Dass Wehner und die SPD ihre Vorbereitung auf die Regierungsverantwortung als große Kehrtwende in Szene setzen mussten, verdankten sie nicht zuletzt dem Erfolg der Adenauerschen Wahlkampagne von 1957.

1957 war das Jahr des höchsten Sieges, den die CDU/CSU je bei einer Bundestagswahl erzielte, aber die absolute Mehrheit für Adenauer bedeutete ironischerweise zugleich den Beginn des Prozesses, der im Verlauf der sechziger Jahre zum Verlust der Regierungsmacht für die Unionsparteien führen sollte. 1957 brachte für Herbert Wehner und seine Partei eine schwere Niederlage. Darin jedoch steckte – in diesem Fall – der Keim zum Neubeginn. Der Wahlschock half der SPD auf den Weg, als Volkspartei zukunfts- und regierungsfähig zu werden.

⁸⁴ AdsD, SPD-LO HH, Nr. 51, Stenographische Niederschrift der Landesdelegiertenversammlung am 27.5.1957 im Gewerkschaftshaus.